

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 25. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 17. Januar 2007
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 20.55 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Joël Wartenweiler
Robert Richner
Verena Meschberger
Andreas Bammatter
Thomas Pfaff

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 14.12.2006 betreffend Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für die zurückgetretene Katalin Borföi Geschäft 3697
2. Berichte des Gemeinderates vom 15.11.2005 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Kenntnisnahme von der Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2008-2011 Geschäft 3673 / A

3. Berichte des Gemeinderates vom 28.06.2006 und der Verkehrs- und Planungskommission vom 30.09.2006 betr. Genehmigung des Plakatierungskonzeptes und Revision des Reklamereglements und der Reklameverordnung (2. Lesung) Geschäft 3674 / A
4. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2006 betr. Bewilligung einer Personalaufstockung bei den Sozialen Diensten aufgrund der Erkenntnisse aus dem Kennzahlenvergleich 2004/2005 und Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 38'000.00 für die Bürobereitstellung und -einrichtung Geschäft 3696
5. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2006 betr. Stellungnahme zum Postulat 3600 i. S. Förderungsmassnahmen betreffend berufliche Integration Geschäft 3600A
6. Bericht des Gemeinderates vom 08.11.2006 betr. Stellungnahme zum Postulat 3665 i. S. „Verdichtung des Fahrplanes der Buslinie 33“ Geschäft 3665A
7. Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, vom 13.09.2006 betreffend Gemeindeland nur im Baurecht Geschäft 3677
8. Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion vom 13.09.2006 betreffend Baurechtszinserträge zur Schuldentilgung verwenden Geschäft 3676
9. Motion von Andreas Bammatter und Franziska Pausa, beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006 betreffend „Wohnen im Alter“ Geschäft 3692
10. Postulat von Claude Rothen und Barbara Selinger, beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006 betreffend „Einführung geeigneter Massnahmen zur Eindämmung des Parkplatzsuchverkehrs“ Geschäft 3691
11. Interpellation von Dr. Ivo Corvini und Felix Keller, beide CVP-Fraktion, vom 13.09.2006, betr. „Einbezug von Allschwil in das Organisations- und Sicherheitskonzept während der „euro08“ Geschäft 3690
12. Interpellation von Claude Rothen und Andreas Bammatter, beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006 betreffend „Unterhalt und Pflege der Wegmatten“ Geschäft 3693

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 25 vom 17.01.2007

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Christoph Morat, Präsident, begrüsst die Anwesenden.

Er bittet die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte um deutliche Stimmabgabe und Wortmeldung. Ausserdem bittet er die Anwesenden um sanfte Behandlung der hochempfindlichen Mikrofone, da Reparaturen an diesen Geräten sehr teuer seien. Er bittet, das Essen im Pausenraum und nicht am Sitzungstisch einzunehmen.

Mitteilung des Gemeindepräsidenten:

Dr. Anton Lauber stellt die neu gewählte Gemeindeverwalterin Sandra Steiner vor, welche ab 01. August 2007 die Nachfolge von Max Kamber antreten wird (vgl. Beilage Medienmitteilung). Sie habe grosse Erfahrung im Verwaltungswesen, insbesondere im Bauwesen, Informatik und Standortmarketing. Insbesondere im Controlling und Projektmanagement habe sie an den bisherigen Orten grosse Erfahrung sammeln können. Als Betriebswirtschafterin bringe sie vom Gemeinderat vorgegebenen Voraussetzungen für die Anstellung in optimaler Weise mit. Frau Steiner wird Wohnsitz in Allschwil nehmen.

Traktandenliste

Peter von Arx, SVP-Fraktion, stellt den Antrag, dass die Traktanden 7 (Geschäft 3676) und 8 (Geschäft 3677) in der Reihenfolge getauscht werden. Die Abfolge der Themen mache dann mehr Sinn.

://: Die Traktandenliste wird mit grossem Mehr entsprechend geändert.

Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat der FDP-Fraktion, betreffend „Trinkwasserversorgung“ (Geschäft 3707)

231 01.024 Wahlbüro

**1. Bericht des Gemeinderates vom 14.12.2006 betreffend
Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für die zurückgetretene
Katalin Borfői Geschäft 3697**

Die SP/EVP-Fraktion schlägt Franziska Kissling vor.

://: In stiller Wahl wird Franziska Kissling für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

MITTEILUNG an:

Franziska Kissling (als Wahlanzeige)
Thomas Pfaff, SP-Präsidium
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv., Kommissionsverzeichnis

232 07.011 Finanzplan/Jahreskontoblätter
01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

2. Berichte des Gemeinderates vom 15.11.2005 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Kenntnisnahme von der Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2008-2011

Geschäft 3673 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, erläutert den Finanzplan. Nach der Lektüre des Berichts der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zum Finanzplan sei sie zur Erkenntnis gelangt, dass es offenbar notwendig sei, nochmals kurz den Unterschied zwischen Finanzplan und Budget zu erklären. Sie führt aus, dass der Finanzplan eine strategische Planung sei, das Budget eine operative. Der Zeitraum des Finanzplanes sei länger, in der Regel ca. 4-5 Jahre. Beim Budget sei der Zeithorizont lediglich ein Jahr. Die Sicherheit des Finanzplanes sei nicht so hoch wie bei einem Budget. Es gehe um die grundsätzliche Planung. Das Budget sei eher die Abbildung des Tagesgeschehens. Wichtige Neuerung des vorliegenden Finanzplanes sei, dass sich die Planung nur noch über 4 Jahre erstrecke. Der heutige Finanzplan leide noch an einigen „Kinderkrankheiten“, da man mit einer neuen Software arbeite. Da brauche es noch Detailarbeit. Die Fehler, welche die FiReKo in ihrem Bericht aufgelistet habe, seien doch eher „Peanuts“, Sachen im Mikrobereich. Neu habe man auch dem Anliegen der FiReKo Rechnung tragen können, die Spezialfinanzierungen separat auszuweisen. Neu sei auch, dass nur die Investitionen mit Priorität 1 berücksichtigt wurden. Dies sei ein Grundsatzentscheid des Gemeinderates gewesen. Man wolle nur noch diejenigen Investitionen aufnehmen, welche auch tatsächlich im Planungszeitraum realisiert werden können, welche also Kostenverlässlich vorliegen. Die externen Einflussfaktoren, zum Beispiel der NFA (Neuer Finanzausgleich) per 01.01.2008, seien so gut wie möglich berücksichtigt worden. Man wisse heute einzig, dass die Spitex mit rund CHF 500'000.-- zusätzlichen Kosten berücksichtigt werden müsse. Weiteres wisse man noch nicht sicher. Wichtig sei auch die geplante Unternehmenssteuerreform. Dort müsse man mit jährlichen Ertragsausfällen von CHF 500'000.-- rechnen, hoffe aber, dass die Ausfälle durch eine positive Wirtschaftslage kompensiert werden können. Man rechne letztlich mit einer Ertragssteigerung von CHF 2 Mio. Das Steuergesetz für natürliche Personen habe zugunsten der Privaten und damit zu Lasten der Gemeinde per 01.01.2007 geändert. Hier habe man ca. CHF 1.5 bis 1.7 Mio Einbusse. Aber man rechne auch hier mit einer Kompensation. Allgemein rechne man mit einem Wirtschaftswachstum. Der neue Wasserpreis sei im Finanzplan nicht berücksichtigt, da das Jahr 2007 als Basis diene. Planungsbasis sei der Voranschlag 2007, vor den Änderungen durch die Budgetberatungen im Dezember. Ausserdem plane man mit einem unveränderten Steuersatz, die Personalkosten habe man mit einem Plus von 1.5% pro Jahr und den Sachaufwand mit CHF 8,1 Mio/Jahr kalkuliert. Der Gemeinderat habe klar die Absicht, das Eigenkapital auf CHF 6 Mio aufzustocken und das Fremdkapital um CHF 6.0 Mio abzubauen. Angestrebt werde ein ausgeglichener Haushalt. Die Gesamtverschuldung solle nicht höher liegen als ein Jahresumsatz. Man beginne den Planungszeitraum mit einem knapp ausgeglichenen Haushalt und beende ihn mit einer roten Null. Der Bestand des Eigenkapitals erreichte nicht ganz die gewünschte Höhe, der Selbstfinanzierungsgrad erreiche aber zumindest in zwei Jahren über 100%. In diesen Jahren könne man Eigenkapital bilden, könne dafür aber keine grossen Investitionen tätigen. Die Entwicklung der Selbstfinanzierung sei schwankend. Schlussfolgerungen seien, dass die Finanzlage weiterhin angespannt sei und dass die unbekannte Entwicklung der externen Faktoren eine grosse Planungsunsicherheit verursacht. Die Planungsziele können in den meisten Punkten erreicht werden, aber das Eigenkapitalziel und das Ziel der Reduktion der Gesamtverschuldung werden wohl nicht erreicht werden können. Die übrigen Finanzpläne der Spezialfinanzierungen seien relativ gut. Immerhin könne man das Eigenkapital der Wasserkasse stabilisieren. Bei der Abfallbeseitigung rechne man auch mit Überschüssen. Der Gemeinderat werde weiterhin die Finanzentwicklung beobachten und die Strategie gegebenenfalls überarbeiten. Diese Jahr werde diesbezüglich ein Workshop

durchgeführt. Über die Ergebnisse werde man den Einwohnerrat zu gegebener Zeit informieren. Sie bittet abschliessend den Rat um Kenntnisnahme des Finanzplanes.

Kurt Kneier, Vizepräsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FiReKo), erläutert die Meinung der FiReKo zum Finanzplan. Die FiReKo sei einerseits froh, dass man nun vier differenzierte Finanzpläne vorliegen habe. Die FiReKo dankt an dieser Stelle den Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere Frau Holzer, HAL Finanzen, und Gregor Minzer, HAL-Stv. Allerdings habe man das Problem gehabt, Finanzpläne zu prüfen, welche unter grossem Zeitdruck und mit einer neuen Software erstellt wurden. Aus dieser Situation heraus hätten sich technische Fehler eingeschlichen. Die FiReKo ist aber der Meinung, dass die Finanzpläne im Endergebnis relativ wenige Auswirkungen zeigen. Die FiReKo könne daher die Finanzpläne für gut befinden und zur dem Rat zur Kenntnisnahme empfehlen. Die FiReKo sei aber einhellig der Meinung, dass der Gemeinderat die strategischen Ziele überarbeiten müsse. Es könne nicht sein, dass man Schuldenabbau betreiben und Eigenkapital aufbauen und dafür ständig die Ausgaben reduzieren wolle. Insbesondere im Bausektor könnte die fehlende Investitionstätigkeit verheerende Folgen haben. Die FiReKo bittet den Gemeinderat nochmals die strategischen Ziele neu zu überdenken. Die Spezialfinanzierung der Wasserversorgung zeige deutlich auf, dass der Wasserpreis schon vor Jahren hätte angepasst werden müssen. Dank dem hohen Eigenkapital könnten jedoch erfreulicherweise Investitionen ohne Fremdkapital getätigt werden. Bei der Spezialfinanzierung „Abfallentsorgung“ bestehe nach Meinung der FiReKo Handlungsbedarf. Der Finanzplan zeige einen stetig steigenden Überschuss. Dadurch nehme das Eigenkapital ständig zu. Die Spezialfinanzierungen seien aber grundsätzlich ausgeglichen zu gestalten, somit müsse hier eine Lösung gefunden werden. Die FiReKo beantragt dem Rat, die Finanzpläne unter Berücksichtigung der im Bericht erwähnten Punkte zur Kenntnis zu nehmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich bei allen Beteiligten, die an der Erarbeitung der Finanzpläne beteiligt gewesen seien. Man habe nun die schon lange erhofften Spezialfinanzierungspläne. Sie aber hätte lieber noch etwas länger gewartet, da die heute vorliegenden Pläne in 2 Punkten inhaltlich problematisch seien. Die Zukunft in Allschwil finde offensichtlich ohne jegliche Investition der Priorität 2 statt. Hierbei handle es sich ausschliesslich um dringende Sanierungen von Schulhäusern. Diese habe man immer wieder gefordert, versprochen und dann doch wieder hinausgeschoben. Die eigentlich dringenden Sanierungen der Schulhäuser seien keine „Peanuts“, sondern es handle sich um so genannte Grundsatzentscheide einer nachhaltigen Politik. Die nachkommenden Generationen hätten ein Recht mit erster Priorität behandelt zu werden. Sie habe den Eindruck, man betreibe auf Kosten der Bildung reine Resultatkosmetik. Ausserdem halte man immer noch an einmal festgesteckten Zielen fest, obwohl diese nicht mehr der Realität entsprächen. Sie ist der Ansicht, dass man die Finanzziele anpassen müsse. Man könne heute, nach einer wiederholt veränderten Ausgangslage, nicht mehr an den ursprünglichen Zielen festhalten. Enger gesteckte Ziele seien schneller erreicht. Dies bewirke Motivation statt Frust bei zu weit gesteckten Zielen. Die ganze SP/EVP-Fraktion sei mit der Beurteilung der Finanzpläne nicht zufrieden.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, begrüsst namens der SVP-Fraktion, die Grundsatzentscheide. Er habe auch Verständnis für die Kinderkrankheiten der neuen Software. Gewisse Sachen erachte die SVP-Fraktion aber nicht als Peanuts. Ebenso wie die Vorrednerin habe auch er die Ansicht, dass gewisse Sachen nicht mit der notwendigen Priorität im Finanzplan aufgenommen worden seien. Vor allem auch die Rückstellungen im Zusammenhang mit der Sportanlage „Im Brühl“ seien im Finanzplan nicht richtig berücksichtigt. Seine Fraktion sei auch der Meinung, dass man die künftigen Finanzpläne besser und gründlicher ausarbeiten solle. Er sei aber dennoch der Meinung, dass man den Finanzplan nun zur Kenntnis nehmen solle.

Simone Hauser, FDP-Fraktion, schliesst sich namens der FDP-Fraktion, der Ansicht an, dass der Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen sei. Künftig solle man aber in Bezug auf die Steuern

aber nicht zu knapp einschätzen. Die FDP-Fraktion gehe davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum und die dadurch steigende Steuerkraft der juristischen Personen im Finanzplan niederschlagen sollen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, nimmt Bezug auf die Unternehmenssteuerreform. Man komme hier den Unternehmen entgegen, in der Hoffnung, man könne damit Unternehmen anlocken. Bei der Änderung des Steuergesetzes für die natürlichen Personen befürchte man Mindereinnahmen. Eine Bevölkerungsgruppe habe aber nur Nachteil: dies seien die Unverheirateten. Einige Abzüge würden nun künftig wegfallen. Die Unverheirateten, Singles, hätten von den Steuerreformen nun gar nichts. Ein grosser Teil der Bevölkerung und auch die öffentliche Hand werden nicht profitieren. Er sehe nicht ein, dass man in dieser Zeit den Unternehmen so stark entgegen komme. Auch hier solle man besser differenzieren. Unternehmen die in Allschwil Fuss fassen, würden meist Personen beschäftigen, welche in Deutschland oder Frankreich wohnen. Man schneide sich hier ins eigene Fleisch. Der Finanzplan sei in vier Pläne aufgeteilt und daher für den Laien weniger durchschaubar. Er ist mit der Ansicht von Barbara Selinger nicht ganz einverstanden. Solange die Schulhäuser noch sicher seien, müsse eine Sanierung nicht mit erster Priorität behandelt werden. Dies habe mit der Bildungsqualität nichts zu tun. Bei den Investitionen sei man grundsätzlich etwas zurückgegangen. Früher habe der Gemeinderat eine andere Meinung gehabt. Man solle aufhören, Projekte in die Planung einzubeziehen, die das Volk bereits zweimal verworfen habe. Hier sei zum Beispiel „Tempo-30“ zu nennen. Man solle diese Projekte nicht nochmals lancieren, wenn man schon sparen wolle. Die SD-Fraktion sei grundsätzlich nicht begeistert, nehme ihn aber so zur Kenntnis. Er dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Arbeit.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin, nimmt Bezug auf das Votum von Barbara Selinger. Der Finanzplan hätte nicht viel besser ausgesehen, auch wenn der Gemeinderat sich engere Ziele gesetzt hätte. Sie habe klar und deutlich gesagt, dass man das Ziel von CHF 6 Mio. Eigenkapital nicht erreicht habe. Natürlich hätte man sich ein Ziel von CHF 3 Mio. Eigenkapital stecken können und wäre nun stolz darauf, dieses erreichen zu können. Man habe sich ein grösseres Ziel gesetzt, nämlich die vom Kanton vorgeschriebenen 10% des Jahresumsatzes als Eigenkapital. Ausserdem stimme es nicht, wenn man hier von Resultatkosmetik spreche. Der Finanzplan weise klar aus, dass man nur noch die Investitionen mit Priorität 1 finanztechnische zu berücksichtigen habe. Diese seien unbedingt zu realisieren und hier kenne man auch schon die zu erwartenden Kosten. Die anderen Investitionen seien deswegen aber nicht verloren. Es hänge auch vom politischen Willen ab. Dies zeige das Feuerwehrmagazin. Die entsprechenden Investitionen würden erst im Finanzplan aufgenommen, wenn ein politisches Signal gesetzt werde.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, dankt namens der CVP-Fraktion der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Finanzplanes. Ihre Fraktion nehme den Finanzplan zur Kenntnis.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, kommt nochmals auf die Resultatkosmetik zu sprechen. Da das Resultat des Finanzplanes ohne Berücksichtigung der Investitionen zweiter Priorität besser aussehe als mit diesen Investitionen, erscheint ihr dies als eine Beschönigung der tatsächlichen Situation.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass Sanierungen im Schulhaus Bettenacker dringend notwendig seien. Dort habe man eklatante Sicherheitsmängel. Er sei vom Finanzplan diesbezüglich enttäuscht. Er frage auch grundsätzlich, ob es notwendig sei, den Finanzplan zweimal im Jahr zu überarbeiten. Dies verursache viel Arbeit, sowohl für die Verwaltung als auch für die Parlamentarier.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass der Zustand der Schulhäuser bildungsfördernden Einfluss habe. Er habe auch grosse Bedenken bezüglich des Zustandes des Schulhauses Bettenacker. Ihm fehle seit mehr als 20 Jahren der politische Grundsatzentscheid des Parlaments, den Wert der Bildungsräume zu qualifizieren. Wieviel Geld

wolle man investieren? Auch für potentielle Zuzüger sei der Zustand der Bildungseinrichtungen wichtig.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, ergänzt zur Frage der zweimaligen Vorlage des Finanzplanes, dass dies auf Begehren des Einwohnerrates so festgelegt worden sei. Er ist auch der Ansicht, dass man auf diesen Entscheid noch mal zurückkommen könne. Betreffend der Kosmetik des Finanzplanes führt er aus, dass es in der Tat Auswirkungen habe, ob ein Investitionsprojekt mit Priorität 1 oder 2 im Finanzplan geführt wird. Es sei schon so, dass man durch die unterschiedliche Priorisierung unterschiedliche Auswirkungen auf den Finanzplan erzeugen kann. Eine gewisse Kosmetik könne man durchaus damit betreiben. Die zumeist negativen Mitteilungen des Gemeinderates im Allschwiler Wochenblatt zur Finanzlage der Gemeinde deuten darauf hin, dass die strategischen Ziele dringend überarbeitet werden müssen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, bestätigt, dass die FiReKo damals verlangt habe, den Finanzplan zweimal pro Jahr abzugeben. Dies sei aber zu überdenken, dann müsse man das Geschäftsreglement des Einwohnerrates anpassen. Der Finanzplan sei aber etwas Wichtiges. Der Finanzplan hänge eng mit dem „Triple A“ (AAA) der Gemeinde im Bankengeschäft zusammen. Die Kredit gebenden Banken verlangen eine strategische Finanzplanung. Er sei der Ansicht, dass auch das Abrücken von ursprünglich gesetzten Zielen letztlich eine Kosmetik der Finanzstrategie bedeute. Es sei auch unbefriedigend, keine Ziele mehr zu setzen. Ziele sollten ehrgeizig sein. Es gehe hier um 10% von CHF 60 Mio. Ausserdem wehrt er sich gegen den Eindruck, man investiere überhaupt nichts im Bildungssektor. Im Finanzplan S. 9 sei aufgeführt, dass der Kindergarten Pestalozzi, Kindergarten Rankacker, Schulhaus Gartenstrasse, Schulhaus Neuallschwil saniert werden. Man könne aber nicht alle Schulhäuser gleichzeitig machen. Es werde einen Finanzplan bis ins Jahr 2020 geben, bei dem man alle Projekte aufgleisen wird. Ausserdem gebe es ja auch noch die Investitionen im Bereich Tiefbau. Hier müsse auch einiges getan werden. Letztlich liege es auch an den zugesprochenen Mitteln. Der Einwohnerrat werde vermutlich nicht den Steuerfuss bewilligen, den es bräuchte um all die erwähnten Bedürfnisse zu befriedigen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, gibt dem Gemeindepräsidenten Recht. Letztlich müsse man den Baufachleuten vertrauen. Sofern sich keine akuten Sicherheitsmängel zeigen, müsse man gestaffelt vorgehen. Man könne nicht alle Schulhäuser auf einmal sanieren. Ausserdem sei die Eigentumsfrage zu den Schulhäusern zwischen Kanton und Gemeinde noch nicht geklärt. Solange solle man nur das Notwendigste machen. Zur Einhaltung der Sicherheitsvorschriften sollten die Fachleute Stellung nehmen und die Verantwortung übernehmen. Dazu könnten die Parlamentarier nicht qualifizierte Forderungen stellen. Die Sicherheit sei immer gewährleistet.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, hält es nicht für angebracht, einzelne Punkte aus dem Finanzplan zu streichen, nur damit das Ergebnis letztlich stimmt. Die Probleme seien latent vorhanden und dies müsse man auch zur Kenntnis nehmen. Man könne die Probleme nicht nur vor sich herschieben, seien es Schulhäuser, Strassenbeleuchtungen oder anderes. All dies sollte man im Finanzplan berücksichtigen.

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, glaubt nicht, dass die Eigentumsfrage der Schulhäuser noch offen sei. Den landrätlichen Beratungen zufolge, sei hier eine Lösung gefunden. Dies könne man nicht mehr in die Diskussion einbringen. Man solle nicht immer alles auf den Kanton abschieben. Wegen dem könne man dennoch weiterplanen.

DETAILBERATUNG

Felix Keller, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Finanzpläne auf.

Keine Wortmeldungen

://:

Der Finanzplan wird mit grossem Mehr zur Kenntnis genommen.

233 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
11.100 Raumplanung/Zonenplanung
11.122 Reklame

**3. Berichte des Gemeinderates vom 28.06.2006 und
der Verkehrs- und Planungskommission vom 30.09.2006
betr. Genehmigung des Plakatierungskonzeptes und Revision
des Reklamereglements und der Reklameverordnung (2. Lesung)
Geschäft 3674 / A**

Christoph Morat, Ratspräsident, weist darauf hin, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung eine Information an die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte verschickt worden sei, indem auf eine formelle Änderung der Plakatbezeichnung verwiesen und ein Summenfehler berichtigt wurde.

Keine Anfragen zu dem Informationspapier und den Änderungen zu Händen der 2. Lesung.

Felix Keller, 2. Vizepräsident, verliest die revidierten Paragraphen in zweiter Lesung.

Keine Wortmeldung.

://:

1. Die Revision des Reklamereglements und der Verordnung zum Reklamereglement wird **mit 33:0 Stimmen gutgeheissen** und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.
2. Das Plakatierungskonzept wird aufgrund des vorliegenden Übersichtsplanes und der Standortblätter **mit 34:0 Stimmen gutgeheissen** und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

234 01.070 Personal
02 Soziale Dienste / Sozialhilfe

**4. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2006 betr.
Bewilligung einer Personalaufstockung bei den Sozialen Diensten
aufgrund Erkenntnisse aus den Kennzahlenvergleich 2004/2005
und Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von
CHF 38'000.00 für die Bürobereitstellung und -einrichtung
Geschäft 3696**

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, führt aus, dass die Fallzahlen in den letzten Jahren, insbesondere im unteren Baselbiet, stark angestiegen sind. Man habe zwischen den Gemeinden Reinach, Münchenstein, Binningen und Allschwil eine Kostenanalyse und einen Kennzahlenvergleich des Jahres 2004 machen lassen. Über die Ergebnisse wurde der Einwohnerrat in der Folge informiert. Notwendige einzuleitende strategische Massnahmen seien eine Reduktion der Fallzahlen pro Sozialarbeiter, eine Erweiterung der

Integrationsmassnahmen, eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Zahlfällen und Rückerstattungen. Eine Wiederholung des Benchmarkings wurde damals für das Jahr 2005 beschlossen. Dem hätten sich in der Folge weitere Gemeinden angeschlossen. Im August 2006 wurde der Einwohnerrat über die Ergebnisse informiert. Die nun beantragte Personalaufstockung basiere also auf klaren und fundierten Zahlen, sie sei dringend notwendig und nicht nur ein Wunsch. Die Gemeinde habe gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen. Diese könne die Gemeinde aber nicht mehr zufrieden stellend erfüllen. Hinzu komme, dass die einzelnen Fälle immer komplexer würden, sowohl fachlich und rechtlich. Auch die emotionale Ebene dürfe man hier nicht vergessen. Hinzu komme, dass der Kanton immer mehr Aufgaben an die Gemeinden übertrage. Auch das Gericht delegiere immer mehr Aufgaben an die Gemeinden, meist im Zusammenhang mit Scheidungsverfahren. Bei einer Scheidungsquote von fast 50% bedeute dies eine grosse Arbeitsbelastung. Man stelle auch eine Zunahme von Gefährdungsmeldungen durch die Polizei oder die Schulen fest. Auch die Altersbeistandschaften würden zunehmen. Die Gemeinde biete auch keine Integrationsmassnahmen an, so wie andere Gemeinden. Hier stehe die Gemeinde im Vergleich an drittletzter Stelle. Es brauche eine intensive Betreuung der Arbeitssuchenden und eine schnelle Integration. Dies sei sehr wichtig. Junge Erwachsene müssten unbedingt in die Arbeitswelt integriert werden, da sonst eine Ablösung von der Sozialhilfe Jahre dauern könne und dies die Gemeinde auch sehr viel koste. Mit der Schaffung einer zusätzlichen Stelle könne man mehr Betreuungszeit pro Fall aufwenden, die Betreuung intensiver gestalten und bei den unmotivierten Menschen auch mehr Druck ausüben. Das richtige Rezept sei aber in jedem Fall mehr Betreuung. Bei der heutigen personellen Situation finde eher eine Verwaltung als eine Betreuung statt. Auch die Bearbeitung der Rückerstattungen sei zu verbessern, so dass der Gemeinde weniger Geld verloren gehe. Es sei sehr wichtig, eine Kontrolle zu führen, um berechnete Rückanforderungsansprüche festzustellen und durchzusetzen. Die meisten Leistungen seien durch gesetzliche Vorschriften festgeschrieben und könnten nicht wegen Personalmangels gestrichen werden. Wenn man der Empfehlung im schweizerischen Sozialbereich folge, ein Fall pro Stellenprozent, so müsste man eigentlich sogar zusätzliche 200 Stellenprozente beantragen. Aufgrund der Strukturanalyse von 1996 wurde damals der Stellenplan festgelegt. Die Entwicklung der steigenden Fallzahlen von 2003 bis 2006 zeige die Notwendigkeit einer Personalaufstockung (Folie). Eine Zustimmung zum vorliegenden Bericht räume die Möglichkeit ein, Sozialfälle nicht nur zu verwalten sondern zu betreuen. Aus diesem Grunde bittet er den Einwohnerrat den Anträgen auf Personalaufstockung zuzustimmen. Am Schluss möchte er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialen Dienste für die gute Arbeit selbst unter schwierigen Umständen, herzlich danken.

EINTRETEN unbestritten.

DETAILBERATUNG

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass sich eine Stellenaufstockung im Bereich der Sozialen Dienste schon länger abgezeichnet habe. Mit der zusätzlichen Arbeitskraft könnten die einzelnen Dossiers besser bearbeitet werden. Eine intensivere Betreuung und Kontrolle der Auflagen sei damit möglich. Ein grosses Anliegen der CVP sei es, dass die jungen Arbeitslosen besser betreut werden. Es sei der CVP-Fraktion besonders wichtig, dass den jungen Menschen Perspektiven für eine gute Zukunft aufgezeigt werden. Hilfe bei der Stellensuche oder Anbieten von Integrationsprogrammen seien eine Möglichkeit. Aber auch die Langzeitarbeitslosen müssten intensiv betreut werden. Es sei hier noch viel Arbeit notwendig. Letztlich könne man mit einer besseren Betreuung die Ablösung aus der Sozialhilfe erreichen und der Gemeinde viel Geld einsparen. Die CVP-Fraktion stimme für die Anträge des Gemeinderates.

Alice Märky, FDP-Fraktion, nimmt namens ihrer Fraktion Stellung. Sie findet, der Antrag des Gemeinderates sei der richtige Weg um die Situation im Sozialhilfebereich zu verbessern. Es sei auch ein Zeichen unserer Gesellschaft, dass die Verantwortung, die Belastbarkeit und Entscheidungsfähigkeit nicht mehr so gross sei. Viele Familienprobleme würden an die Sozialhilfebehörden weitergegeben. Oft seien es auch alte und allein stehende Menschen, die

mit den heutigen Anforderungen nicht mehr allein zurechtkämen. Die FDP-Fraktion könne sich den Ausführungen des Gemeinderates und der CVP-Fraktion anschliessen und werde ebenfalls für die Personalaufstockung stimmen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, zeigt sich hocheifrig, dass nun auch der Gemeinderat eingesehen habe, dass Handlungsbedarf bestehe. Bereits seit 2 Jahren habe sie mit Leistungspostulaten auf die Situation hingewiesen. Sie fühle sich auch durch die Kennzahlenvergleiche bestätigt, die belegen, dass eine Personalaufstockung notwendig sei. Die Aufstockung sei nötig, der Bericht zeige hier klare Fakten auf. Es sei selbstverständlich, dass bei den Beratungsgesprächen ein Minimum an Privatsphäre gewährleistet werden müsse. Daher sei auch der Umbau der Räumlichkeiten notwendig.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, weist darauf hin, dass der Gemeinderat deswegen in der Vergangenheit die Leistungspostulate nicht habe annehmen wollen, da man die Kennzahlen als verlässliche Basis abwarten wollte.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, meint, dass es immer ein Anliegen der linken Seite gewesen sei, das Personal in diesem Bereich aufzustocken. Damit seien aber die Probleme immer noch nicht gelöst. Er hoffe, dass man mit den zusätzlichen Ressourcen versucht, die Klienten von der Sozialhilfe abzulösen und ins Berufsleben zu integrieren. Es gebe immer auch solche Fälle, die nicht arbeiten wollten. Er frage sich, ob Allschwil hier die gleiche Praxis verfolge, wie andere Gemeinden. Bei ausländischen Personen, welche jahrelang übermässig Sozialhilfe beziehen, werde ein Antrag auf Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung gestellt. Dort müsse die Gemeinde auch Zivilcourage zeigen. Weiter frage er sich, ob die Gemeinde bei einem Rückgang der Fallzahlen auch bereit sei, die Personalaufstockung wieder zurückzunehmen. Wenn dem nicht so wäre, könne er dem Geschäft nicht zustimmen.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, bestätigt, dass die Meldungen wie gefordert an die Fremdenpolizei erfolgen würden. Der Entscheid über eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung liege aber bei der Fremdenpolizei. Eine Reduktion des Personalbestandes könne mit der normalen Fluktuation aufgefangen werden. Diese Entwicklung werde aber noch einige Zeit dauern.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, ist einigermassen überrascht, dass man jetzt, in der ersten Sitzung nach der Budgetberatung, mit einer Stellenaufstockung komme. Dies wäre eher ein Fall für ein Budgetpostulat gewesen. Man habe mit der Budgetberatung auch die Personalkosten beschlossen. Im Bericht stehe unter anderem, dass gewisse Arbeiten, welche im Bericht aufgeführt sind, hauptsächlich administrative Arbeiten seien. Seiner Ansicht nach, könnte man die aktiv tätigen Sozialarbeiter/-innen von den administrativen Arbeiten entlasten. Dies könnte zum Beispiel mit Praktikantinnen/Praktikanten erfolgen. Damit könne man einerseits weitere Personalkosten vermeiden und man würde erst noch junge Menschen im Erwerbsleben fördern. So könne man sicher einen Teil der beantragten zusätzlichen Personalkosten und auch Umbaukosten einsparen. Man solle zunächst nach internen Lösungen suchen und dann gegebenenfalls einen neuen Antrag stellen.

Arnold Julier, Departementsvorsteher, erwidert, dass eine Stellenaufstockung über das Budget wohl erst recht nicht Mehrheitsfähig im Einwohnerrat gewesen sei. Dies könne man nicht auf dem Weg über das Budget machen. Dann wäre der Einwohnerrat sicher auch nicht zufrieden. Ausserdem habe man bereits alles gemacht, was möglich sei. Hierunter würde auch die Verteilung der Aufgaben auf andere Mitarbeiter fallen. Es gebe auch Sachen, die man nicht gut delegieren könne. Alles andere sei auch schon gemacht. Interne Lösungen würden laufend optimiert.

Max Amsler, SD-Fraktion, bestätigt nach zwölfjähriger Mitgliedschaft in der Fürsorgekommission, dass ein Anstieg der Fallzahlen deutlich zu spüren sei. Es sei dringend notwendig, die Betreuung zu verbessern. Der Sozialdienst sei in Allschwil sehr gut organisiert

und kompetent. Er hoffe, dass man nun den Anträgen des Gemeinderates zustimme und damit auch eine gewisse Entlastung der Mitarbeiter erreiche.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, fragt nochmals nach: Wie erfahre das Amt für Migration, dass ausländische Personen längere Zeit arbeitslos seien? Die Meldepflicht liege doch bei den Gemeinden. Würde man die Meldung konsequent erstatten und würden diese Personen dann ausgewiesen, könnte man das Sozialsystem in der Schweiz sehr entlasten. Da fehle es häufig wohl an Zivilcourage.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, erläutert, dass die Fremdenpolizei für die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung zuständig sei. Diese in dem Zusammenhang regelmässig Anfragen an die Gemeinde betreffend Arbeitsstatus oder Sozialhilfebedürftigkeit. Der Entscheid über Niederlassung oder nicht, treffe nicht die Gemeinde.

Josua Studer, SVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass man sicher viele „Schein-Sozialbezüger“ habe, ähnlich der Situation bei „Schein-Invaliden“. Wenn man denen das Leben etwas schwerer machen würde, würden sie bei der Sozialhilfe nicht mehr so Schlange stehen. Dann würden sie selber schauen, wie sie zu Geld kämen. Diejenigen, welche wirklich bedürftig seien, die würden erst gar nicht zur Sozialhilfebehörde gehen. Es sei ja bedenklich, dass Sozialhilfebezüger ganze Wohnungseinrichtungen bezahlt würden, während andere dafür arbeiten gehen müssten. Es gebe sicher auch Härtefälle, aber früher sei es auch hart gewesen und man sei nicht aufs Sozialamt gegangen. Die „Jöh-jöh-Methode“ sei eine Katastrophe. Allschwil befinde sich im Speckgürtel der Stadt. Es falle hier nicht auf, als Sozialfall zu leben. In Schönenbuch, so habe er gehört, gebe es hingegen keinen einzigen Sozialfall. Wenn man für die Sozialleistungen auch Gegenleistungen verlange, zum Beispiel im Altersheim arbeiten müsste, würde die Situation anders aussehen. Dann gebe es sicher nicht so viele Sozialhilfebezüger.

Mario Bernasconi, SD-Fraktion, habe mit der Aufstockung eigentlich kein Problem. Er glaube auch, dass die Aufstockung notwendig sei. Er habe eher Probleme mit den Räumlichkeiten. Wieso könne man die neue Stelle nicht im neuen Begegnungszentrum einrichten? Müsse man wirklich einen Umbau machen? Es gehe ihm um die Baukosten.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, erwidert, dass es völlig ineffizient sei, die Stelle ins Begegnungszentrum zu verlegen. Alle Besprechungen fänden im Gemeindezentrum statt. Das ganze Büromaterial sei dort vorhanden. Man könne auch nicht die Kundschaft mal hier und mal dort einladen. Der reibungslose Austausch mit Kolleginnen und Kollegen sei auch nicht gewährleistet. Dies wäre völlig ineffizient. Ausserdem wäre auch der Publikumsverkehr im Begegnungszentrum nicht dafür geeignet. Weiter sei zu sagen, dass man aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes Einzelbüros brauche. Zum Votum von Josua Studer führt er aus, dass es zusätzliches Personal brauche, um Missbrauchsfälle aufzuklären und zu verhindern. Dies sei ja gerade ein wichtiges Anliegen. Dafür brauche es personelle Kapazitäten. Wenn solche Fälle vorkommen, dann würden die Personen beim Statthalteramt verzeigt und auch die Leistungen würden zurückgefordert.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, möchte wissen, in welchem Umfang der Gemeinde Leistungen verloren ginge, wenn man die Rückforderungen mangels Personal nicht durchsetzen könne. Gebe es da Kennzahlen?

Arnold Julier führt aus, dass es keine verbindlichen Zahlen gebe. Dies könne von Jahr zu Jahr stark schwanken. Es komme hier darauf an, welche Leistungen von Dritten anfallen, sei es aus einem Erbgang oder aus der IV etc. Auch sei der Vergleich mit anderen Gemeinden nicht relevant.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion, möchte wissen, wieviel Überstunden zurzeit geleistet werden müssten.

Arnold Julier kann diese Frage nicht konkret beantworten. Es sei aber zu bedenken, dass man auch nicht unbegrenzt Überstunden machen könne. In der zur Verfügung stehenden Zeit könne man mit dem vorhandenen Personal eben nur mehr die steigende Zahl von Fällen verwalten aber nicht mehr optimal betreuen. Nur mit einer besseren Betreuung könne man eine Integration, bessere Kontrolle und Aufdeckung von Missbrauchsfällen erreichen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, beantragt Ende der Diskussion, da die Meinungen offensichtlich gemacht seien.

://:

Der Ordnungsantrag von Lucius Cueni auf Abbruch der Diskussion wird **einstimmig gutgeheissen**.

://:

1. Die Sozialarbeitspensen der Sozialen Dienste werden per 1. April 2007 um 100 Stellenprozente von 450% auf 550% erhöht. **Angenommen mit 27:6 Stimmen.**
2. Für die Schaffung der notwendigen Büroräume, deren Einrichtungen und Ausstattung wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von insgesamt CHF 38'000.-- **mit 27:6 Stimmen bewilligt.**

PAUSE

INFOFENSTER

Robert Vogt, Gemeinderat Tiefbau/Umwelt, nimmt Stellung zu einer Interpellation, die Johannes Randegger noch im Jahr 2006 im Nationalrat eingereicht hat. Nationalrat Randegger ist auch gleichzeitig als Vertreter der Chemieindustrie Mitglied der IG DRB mit der man ja betreffend die Chemiemülldeponien Diskussionen führe. Mit der Interpellation solle erreicht werden, dass mit einer Anpassung der Altlastenverordnung Grenzwerte massgebend sein sollen. Zum Beispiel wäre es damit möglich, dass die Chemie erst dann eingreifen müsse, wenn gewisse Grenzwerte überschritten würden. Dies sei aber sehr ungünstig. Bisher habe man jegliche Verschmutzung mit Altlasten des Grund und Bodens vermeiden oder beseitigen müssen. Man wolle hier nicht um aufgeführte Stoffe oder Grenzwerte streiten. In Schönenbuch habe man zum Beispiel Stoffe gefunden, die bisher unbekannt waren. Der Gemeinderat goutiere in keiner Weise die Interpellation und habe eine entsprechende Pressemitteilung veröffentlicht. Man hoffe, dass sich der Bund gegen die Interpellation entscheidet.

235 02.050 Arbeitslosigkeit

5. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2006 betr. Stellungnahme zum Postulat 3600 i. S. Förderungsmassnahmen betreffend berufliche Integration Geschäft 3600A

Arnold Julier, Gemeinderat Soziale Dienste, bedankt sich für die bewilligte Stellenaufstockung für die Sozialen Dienste auch im Namen der Mitarbeiter seiner Hautabteilung. Der Bericht zum Postulat betreffend Fördermassnahmen mache deutlich, dass man im Vergleich zu anderen Gemeinden nicht so viel vorkehren können. Allschwil biete vor allem für Langzeit-Arbeitslose externe Beschäftigungsprogramme an. Für junge Erwachsene bestehe zunehmend

Bedarf für berufliche Integration. Mit der heute bewilligten Stellenaufstockung wolle man die Situation auch in diesem Bereich verbessern. Man erhoffe sich hier, dass man damit einige Sozialhilfeempfänger von der Sozialhilfe ablösen könne. Die jährliche Unterstützung für eine vierköpfige Familie entspräche dabei bereits ca. den entstehenden Mehrkosten für das zusätzliche Personal. Andere Gemeinden hätten einige Integrationsmassnahmen im Angebot. Man sei aber in der Gemeinde Allschwil nicht ganz davon überzeugt, dass die Massnahmen alle richtig und effizient sind. Er bittet, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

EINTRETEN unbestritten.

DETAILBERATUNG

Alice Märky, FDP-Fraktion, kann namens der FDP-Fraktion dem Postulat nicht zustimmen. Es werde immer ein Problem sein, Menschen mit Bildungsdefiziten in die Berufswelt einzugliedern.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass mit der Bewilligung der Stellenaufstockung für den Moment das Postulat abgedeckt sei. Sie hoffe aber, dass die Gemeinden die Kennzahlenvergleiche weiterführen werden und so zu einem späteren Zeitpunkt nochmals die Situation überprüfen können. Die CVP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und ist für Abschreibung des Postulates.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, spricht auch in Vertretung des abwesenden Postulanten. Der Bericht habe eine deutliche Aussage. Man müsse mehr für die Wiedereingliederung der Arbeitslosen tun. Der Kanton unterstütze sogar die Wiedereingliederungsmassnahmen. Speziell für die Jugendlichen müsse mehr getan werden. Dies drücke der Bericht mit seinen Zahlen auch aus. Reinach mache mehr als doppelt so viel wie Allschwil in diesem Bereich. Letztlich gewinne auch die Gemeinde bei jedem Fall, den man von der Sozialhilfe ablösen könne. Das Postulat werde hoffentlich dazu führen, die Fördermassnahmen weiterzuverfolgen. In Basel-Stadt habe der Regierungsrat bereits im 2005 sofortige Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit beschlossen.

://:

1. Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht des Gemeinderates betreffend Fördermassnahmen berufliche Integration **mit 33:0 Stimmen Kenntnis**.
2. Das Postulat 3600 von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, wird **mit 32:2 Stimmen als erledigt abgeschrieben**.

236 12.600 Öffentlicher Verkehr
 12.620 Bus

**6. Bericht des Gemeinderates vom 08.11.2006 betr. Stellungnahme zum Postulat 3665 i. S. „Verdichtung des Fahrplanes der Buslinie 33“
Geschäft 3665A**

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, nimmt Stellung. Der öffentliche Verkehr sei sehr wichtig für Allschwil. Dennoch dürfe man hier auch nicht zu viel machen. Die Buslinie 33 mit dem verdichteten Fahrplan laufe seit einem Jahr. Die Probezeit sei ursprünglich auf zwei Jahre angesetzt gewesen. Bereits jetzt erkenne man aber eine Tendenz und man könnte eigentlich schon jetzt Einfluss auf den Fahrplan nehmen, dies aber nur auf eigene Kosten. Heute fahre der Bus 33 während den Stosszeiten bereits im Viertel-Stunden-Takt. Nach Rücksprache mit Kanton und BVB sei man übereinkommen, dass zurzeit überhaupt kein Handlungsbedarf bestehe. Man wolle in jedem Fall den Probetrieb durchführen, bis Ende

2007. Erst dann wolle man entscheiden, ob man den Takt verdichten wolle. Es sei dann auch zu prüfen, ob die Taktverdichtung auch bis Schönenbuch gelten solle. Ausserdem werde man so nur im Verhältnis der angebotenen Haltestellen kostenpflichtig. Wolle man jetzt schon etwas ändern, würde das die Gemeinde ca. 200'000.-- CHF / Jahr kosten. Der Gemeinderat sei nicht gegen den öffentlichen Verkehr, aber nur dort, wo ein echtes Bedürfnis bestehe. Erst in der nächsten Leistungsperiode, 2010 - 2013, werde man die heutige Situation nochmals überprüfen. Dies liege dann aber am Landrat und der BVB.

EINTRETEN unbestritten

DETAILBERATUNG

Felix Keller, CVP-Fraktion, nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Vorstoss der CVP-Fraktion auf ein so grosses positives Echo stosse. Bereits jetzt rede man über eine Fahrplanverdichtung. Dies sei ganz im Sinne der CVP-Fraktion und fördere die Umsteigewilligkeit vom privaten auf den öffentlichen Verkehr. Die Fahrplanverdichtung nach Schönenbuch sollte eingeführt werden, sofern die Bevölkerung dies wünsche. Er sei auch dafür, dass die Probezeit zunächst abgewartet werden sollte. In diesem Sinne ist die CVP-Fraktion auch für Abschreibung des Postulates.

Josua Studer, SVP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen des Gemeinderates im Bericht. Er vermisse aber Ausführungen zur Linie 38, welche ganztägig im Viertel-Stunden-Takt ins Dorf fahre. Ausserhalb der Stosszeiten fahre der Bus leer. Die Aussagen der BVB seien mit Vorsicht zu geniessen, da sie noch nicht wüssten, mit welcher Art von Bussen sie den ÖV weiterführen werden. Die Bevölkerung wäre sicher nicht gegen eine Fahrplanverdichtung. Er habe den Antrag nur auf Allschwil bezogen, da er die Bedürfnisse von Schönenbuch nicht kenne. Er spüre aus der Antwort des Gemeinderates grundsätzlich den Willen, es fehle aber offenbar am Geld. Er ist der Ansicht, dass man dem Kanton das Anliegen als grossen Wunsch der Bevölkerung klar machen sollte.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion, glaubt, dass es nicht ein so stark brennendes Anliegen sei. Seine Fraktion sei auch für den öffentlichen Verkehr, aber alles zu gegebener Zeit.

://:

Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht des Gemeinderates betreffend Verdichtung des Fahrplanes der Buslinie 33 **mit 34:0 Stimmen Kenntnis**.

Das Postulat 3665 von Josua Studer, SVP-Fraktion, wird **grossmehrheitlich als erfüllt abgeschrieben**.

237 07.040 Vermögensverwaltung, Grundeigentum, Wertschriften

7. Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, vom 13.09.2006 betreffend Gemeindeland nur im Baurecht Geschäft 3677

Peter von Arx, SVP-Fraktion, begründet seine Motion wie folgt: Er weist darauf hin, dass immer mehr Institutionen und Gemeinde ihr Bauland nur noch im Baurecht abgeben. Beispiel sei hier die Christoph-Merian-Stiftung oder auch die Gemeinde Burgdorf etc. Land sei Spekulationsgut und Mangelware. Massgebend seien die Lage und die Art der Bebauung. Der Wert könne sich schnell verändern. Das Land zu bewirtschaften sei notwendig und gut. Baurechtsnehmer und Baurechtsgeber würden profitieren. Die zu erwartenden Baurechtszinseinnahmen seien kostenneutral und hätten nichts zu tun mit den Gemeindeeinnahmen. An den letzten Sitzungen sei immer wieder das Bauland der Gemeinde ein Thema gewesen. Man solle aber die

Reserven der Gemeinde nicht ausverkaufen sondern erhalten. Die Abgabe von Land im Baurecht bedeute Werterhaltung oder Wertsteigerung. Mit der Zustimmung zur Motion könne man zeigen, dass man gewillt sei, die Ressourcen der Gemeinde zu erhalten. Die Kapitalzinsen könne man zur Schuldentilgung einsetzen. Mit der Abgabe von Land im Baurecht könne man auch die Bevölkerung mittelfristig an Allschwil binden.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, stimmt den grundsätzlichen Überlegungen des Motionärs zu. Aber es sei faktisch so, dass die Gemeinde nur noch wenige zur Verfügung stehende Parzellen mit wenigen Quadratmetern habe. Wie man damit die Finanzen sanieren wolle sei fraglich. Das Land der Gemeinde teile sich in drei Kategorien ein. Landwirtschaftsland: Dies werde bei verschiedenen Projekten zum Abtauschen verwendet, zuletzt beim Hochwasserstaudamm im Mülitäli. Das Land im Baugebiet stehe als Reserve für künftige Gemeindeaufgaben und Projekte bereit. Diese behalte man. Beispiel sei die Parzelle an der Spitzwaldstrasse. Dies sei eine Baulandreserve. Drittens habe man Grundstücke, die man für einen bestimmten Zweck gekauft habe und nun nicht mehr für den geplanten Zweck brauche. Grundstücke dieser Art verkaufe man unter Umständen. Diese seien aber auch die in der Motion aufgeführten Ausnahmefälle. Letztlich mache man also ohnehin schon genau das, was in der Motion verlangt werde. Es gebe aber auch andere Parzellen, wie Wegmatten. Hier habe man ohnehin die Abgabe im Baurecht vorgesehen. Der Einwohnerrat habe ja darüber bereits befunden. Ausserdem sehe die Motion vor, dass jedes Geschäft dem Einwohnerrat vorgelegt werden müsse. Dies widerspreche aber der Gemeindeordnung. Es liege in der Kompetenz des Gemeinderates, Geschäfte über Grundstücke bis 2 Millionen Franken selbständig abzuschliessen. Alles darüber Hinausgehende unterstehe der Genehmigung des Einwohnerrates. Diese Regelung sei auch vernünftig und pragmatisch. Er ist der Ansicht, dass die Gedanken des Motionärs bereits heute gelebt werden. Eine Überweisung der Motion sei damit überflüssig.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, stellt sich namens seiner Fraktion hinter den Antrag des Gemeinderates. In der Tat würde der Antrag des Motionärs dem Gemeinderat sehr viel seiner Handlungsfreiheit nehmen. Die Motion sei kein Weg, die finanzielle Situation der Gemeinde substantiell zu verbessern. Daher unterstütze seine Fraktion die Motion nicht.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, unterstützt namens seiner Fraktion die Motion ebenfalls nicht. In der Tat sei die geltende Praxis und gesetzliche Regelung ausreichend.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, bekräftigt die Vorvoten. Zur Begründung der beiden Motion (3676 und 3677) führt er aus, dass beide Motionen in sich widersprüchlich seien. Man könne nicht die Baurechtszinsen einerseits zur Schuldentilgung andererseits zur Deckung der laufenden Rechnung verwenden. Er schliesse sich der Haltung der Vorredner an. Ausserdem störe er sich an der Forderung der ausschliesslichen Verwendung zur Schuldentilgung. Einnahmen sollten nicht zweckgebunden sein.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass Allschwil ständig wachse. Irgendwann sei es notwendig weitere öffentliche Gebäude zu errichten. Daher sollten die Baulandreserven nicht veräussert werden. Man solle Sorge zur Wegmatten tragen und dort nichts bauen, was man später wieder abreißen müsse.

://:

Die Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, betreffend „Gemeindeland nur im Baurecht“ wird **mit 22:6 Stimmen nicht überwiesen und als erledigt abgeschrieben.**

**8. Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion vom 13.09.2006
betreffend Baurechtszinserträge zur Schuldentilgung verwenden
Geschäft 3676**

://:

Die Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, betreffend „Baurechtszinserträge zur Schuldentilgung verwenden“ wird vom Motionär **zurückgezogen und als erledigt abgeschrieben.**

239 02.011 Alter / Altersheime
 02.010 Sozialhilfe- und Pflegeinstitutionen

**9. Motion von Andreas Bammatter und Franziska Pausa,
beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006
betreffend „Wohnen im Alter“ Geschäft 3692**

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, vertritt beide Motionäre. Sie begründet das Postulat damit, dass die Frage nach dem „Wohnen im Alter“ in der Gemeinde dringend angegangen werden sollte. Bereits in fünf Jahren werde das eben ausgebaute Alterszentrum schon wieder ausgelastet sein. Bis im Jahr 2011 werde es im Unterbaselbiet einen Pflegebettennotstand geben. Der Gemeinderat Julier habe sich in einem Zeitungsartikel dahingehend geäußert, dass es falsch wäre, ein neues Alterszentrum zu planen. Bei einer erneuten Planung müssten die Gemeinden zusammenarbeiten. Die Motionäre finden, dass es weder zeitlich noch finanziell möglich und sinnvoll sei, weitere Ausbauten oder Beteiligungen an Grossprojekten zu planen. Es seien darum so schnell wie möglich alternative, kostengünstigere Wohn- und Betreuungsprogramme zu suchen und zu prüfen. In jeder Richtung müsse gesucht werden, Spitex, Alterswohnungen, Pflegebettenwohnungen etc. Die Umsetzung eines umfassenden tragbaren Konzepts benötige mehrere Jahre. Somit sei eine gründliche Planung sinnvoll und notwendig. Es gebe kompetente und willige Personen dafür. Es sei unverständlich, dass der Gemeinderat die Motion ablehne. Allschwil solle sich als attraktiver Standort nicht nur in Wirtschaftsfragen hervortun, sondern sich auch um diejenigen Steuerzahler kümmern, welche hier leben und alt werden wollen.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, bestätigt, dass Handlungsbedarf in diesem Bereich vorhanden sei. Das neue Alterszentrum sei immer noch im Umbau. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Motion eigentlich gar nicht nötig sei. Es gebe ein neues Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter, in Kraft seit Januar 2006, die Verordnung dazu sei seit Januar 2007 in Kraft. Die Gemeinden werden darin verpflichtet, die Aufgaben der Altersbetreuung und Pflege zu gewährleisten. Dies sei ein klarer gesetzlicher Auftrag. Alternative Betreuungsformen würden ebenfalls vom Gesetz zugelassen. Ausserdem gebe es ein gemeinderätliches Projekt mit internen und externen Fachleuten um die Situation zu evaluieren. Andere Gemeinden hätten Evaluation ausgelagert. Ausserdem sei die Gemeinde auch beteiligt an der Gründung des Fördervereins „Pflegerwohnungen“. Eine erste „Kick-off-Sitzung“ sei für den 09. Mai 2007 geplant. Die Motion könne nicht innert der vorgeschriebenen sechs Monate erfüllt werden. Die Umwandlung in ein Postulat sei auch nicht sinnvoll, da die Gemeinde von Gesetzes wegen handeln müsse. Daher sei der Gemeinderat gegen die Motion. Sie mache keinen Sinn.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, lehnt namens ihrer Fraktion die Motion ab. Bei der Umwandlung in ein Postulat hätten die Motionäre jedoch Unterstützung.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, interessiert, wann das nun gesetzlich vorgeschriebene Konzept vorliegen werde.

Gemeinderat **Arnold Julier** antwortet, dass das Konzept eventuell bis Ende Jahr, zumindest in Teilen, vorgestellt werden könne.

Catherine Hosang, CVP-Fraktion, ist namens ihrer Fraktion ebenfalls für Ablehnung im Hinblick auf die aktuelle Gesetzeslage.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, hält die Motion grundsätzlich für gut. Der Gemeinderat habe mit seiner Argumentation überzeugt, dass auch ohne Überweisung der Motion die notwendigen Massnahmen in die Wege geleitet werden.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, beantragt eine kurze Pause wegen der Frage der Umwandlung in ein Postulat.

Gemeinderat **Arnold Julier** macht nochmals klar, dass die Umwandlung gar nichts bringen würde. Man dürfe wegen der gesetzlichen Regelung gar nicht nur prüfen und berichten. Man müsse handeln und das Gesetz umsetzen.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, hofft, dass das Gesetz auch wirklich umgesetzt werde. Sie sei erfreut, dass der Gemeinderat bereits in dieser Hinsicht aktiv geworden sei. Sie ziehe damit die Motion zurück, werde aber in einigen Monaten nochmals über den Stand der Dinge nachfragen.

://:

Die Motion von Andreas Bammatter und Franziska Pausa, beide SP/EVP-Fraktion, wird durch die Motionäre **zurückgezogen und als erledigt abgeschrieben**.

Der Präsident **Christoph Morat** beendet die Sitzung um 20.55 Uhr.